

Nr. 19/657

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Arbeitnehmerüberlassung im öffentlichen Dienst in Bremen und Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 2. Februar 2017
(Drucksache [19/930](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 4. April 2017
(Drucksache [19/1003](#))
2. Die Stelle einer oder eines unabhängigen Polizeibeauftragten schaffen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 20. Februar 2017
(Drucksache [19/947](#))
3. Weiterentwicklung der Psychiatriereform in Bremen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. Februar 2017
(Drucksache [19/946](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 4. April 2017
(Drucksache [19/1004](#))
4. Erzieherinnen/Erzieher gesucht - Bedarf an pädagogischen Fachkräften
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 8. März 2017
(Drucksache [19/976](#))

Nr. 19/658

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag des Abgeordneten Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Rot-grüner Koalitionsausschuss: Stillstand und Streit statt Strategie für das Land.“

Nr. 19/659

Konsensliste

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. 39. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz
vom 10. März 2017
(Drucksache [19/972](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 39. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
2. 11. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
vom 10. März 2017
(Drucksache [19/973](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 11. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
3. Personalbericht 2016 - Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes mit den Daten der Jahre 2012 und 2014
Mitteilung des Senats vom 25. Oktober 2016
(Drucksache [19/791](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
4. Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau zum Personalbericht 2016 - Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes mit den Daten der Jahre 2012 und 2014, Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 25. Oktober 2016 (Drs. [19/791](#))
vom 13. März 2017
(Drucksache [19/981](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Äußerungen des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau Kenntnis.
5. Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände
Mitteilung des Senats vom 14. März 2017
(Drucksache [19/983](#))
 1. Lesung
 2. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 19/660

Personalentwicklungskonzept für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in den beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 23. November 2016
(Drucksache [19/842](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Bürgerschaft (Landtag) bis zu den Herbstferien 2017 in Absprache mit dem Magistrat Bremerhaven ein Personalentwicklungskonzept für die Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Bremen und Bremerhaven bis zum Jahr 2025 vorzulegen und in diesem Rahmen (bitte jeweils getrennt nach Stadtgemeinden)

1. den aktuellen schulart- und lehramtsbezogenen sowie fächerspezifischen Lehrkräftebestand der öffentlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zu erfassen;
2. zu ermitteln, welche schulart- und lehramtsbezogenen sowie fächerspezifischen Einstellungsbedarfe im System (Ist-Soll-Vergleich) aktuell vorhanden sind;
3. zu erfassen, wie viele Kräfte bereits in Schulen unterrichten, die vorher keine vollständige Lehramtsausbildung durchlaufen haben, und wie diese gegebenenfalls weiterqualifiziert werden können;
4. die auf der Basis der bis dahin zu erwartenden Abgänge aus Alters- oder sonstigen Gründen schulart-, lehramts- und fächerspezifischen Lehrkräfte- und Einstellungsbedarfe an öffentlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen bis 2025 zu ermitteln und dafür in geeigneter Form eine Schülerprognose zu errechnen, die den neueren Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung bis 2025 zu ermitteln und dafür in geeigneter Form eine Schülerprognose zu errechnen, die den neueren Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung bis 2025 (Geburtenentwicklung, Zu- und Wegzüge, Erschließung neuer Wohngebiete) Rechnung trägt;
5. darzulegen, inwiefern kurz-, mittel- und langfristig Verbesserungen speziell in den sogenannten Mangelfächern zu erreichen sind, und hier insbesondere im Bereich Sonderpädagogik und Deutsch als Zweitsprache (DaZ), bei denen aufgrund des Flüchtlingszuzugs und der Ausweitung der inklusiven Schule auch bundesweit besonders hoher Einstellungsbedarf besteht;
6. zeitnah ein Konzept zu entwickeln und umzusetzen, mit dem in den Schulen des Landes frühzeitig verstärkt bei jungen Menschen auf überzeugende und zeitgemäße Weise für den Lehrerberuf geworben werden kann und dem Personal an unseren Schulen die dazu nötigen Informationen und Hintergründe unbürokratisch zur Verfügung zustellen;
7. zu prüfen, wie sich die Ausbildungszahlen für das Lehramt sowohl in der ersten als auch in der zweiten Phase entwickeln müssen, um den Einstellungsbedarf an Lehrkräften zu decken;
8. darzulegen, welche Maßnahmen der Senat für geeignet hält, um Bremen und Bremerhaven trotz aller Sparzwänge wettbewerbsfähig zu halten und als Arbeitgeber in puncto rechtliche Rahmenbedingungen, Besoldung, Funktionsstellen, Arbeitsbedingungen, Entlastungen, Maßnahmen zum Erhalt der Gesundheit im Vergleich zu den anderen Bundesländern und insbesondere Niedersachsen auch weiterhin attraktiv zu bleiben und Studienabsolventinnen/Studienabsolventen, Referendarinnen/Referendare und Lehrkräfte für Bremer und Bremerhavener Schulen gewinnen und hier auch halten zu können;

9. in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob und inwiefern das Land Bremen und Niedersachsen sich hinsichtlich rechtlicher Rahmenbedingungen, Besoldung, Funktionsstellen, Arbeitsbedingungen, Entlastungen, Maßnahmen zum Erhalt der Gesundheit in Niedersachsen im Gleichklang bewegen oder ob gegebenenfalls Anpassungen vorgenommen werden müssen;
10. zu prüfen, wie zur Absicherung der Unterrichtsversorgung auch künftig verstärkt Quereinsteiger und im Ausland ausgebildete Lehrkräfte gewonnen werden können, und welche für diese Lehrkräfte angemessenen Qualifizierungsmaßnahmen verstetigt oder gegebenenfalls neu aufgelegt werden müssen;
11. einen Katalog von Maßnahmen zu erarbeiten für eine gute, systematische und langfristig ausgerichtete Personalentwicklung auch im Führungskräftebereich, um geeignetes Personal für Schul- und Fachleitungsfunktionen zu gewinnen und zu fördern.

Nr. 19/661

Qualitätsoffensive für Bildung in Bremen - Zukunftsfähigkeit Bremer Abschlüsse sichern

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 4. April 2017
(Neufassung der Drucksache [19/854](#) vom 29. November 2016)
(Drucksache [19/1010](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
vom 8. Februar 2017
(Drucksache [19/934](#))

Der Änderungsantrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. Bis zum 30. September 2017 ein Konzept für eine Qualitätsoffensive im Bildungswesen Bremens und Bremerhavens vorzulegen, dass folgende Aktionsfelder mit einem Zeit-Maßnahmen-Katalog ausgestaltet und den erforderlichen Ressourcenaufwand darstellt:
 - a. Die zurzeit vorwiegend mit schulorganisatorischen Aufgaben gebundene Schulaufsicht in Bremen und Bremerhaven wird mit dem Ziel einer systematisierten extern unterstützten Qualitätssicherung des Unterrichtswesens aufgewertet und schulartengerecht weiterentwickelt. Grundlage hierbei sind eine auf Beratung, Unterstützung und Controlling ausgerichtete Kommunikation mit den Schulen und ein externes, regelmäßiges Qualitätsmonitoring des schulischen Unterrichts. Neben Beratung und Moderation entsprechender Prozesse sollen auch verbindlich zu vereinbarende schulspezifische Entwicklungsziele sowie die Personalentwicklung in den Schulen und Empfehlungen zur Fortbildung Gegenstand der Arbeit sein.
 - b. Die frühkindliche Bildung wird durch eine flächendeckend verbindlich ausgestaltete und institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Kitas und Grundschulen im Quartier weiter systematisiert (wie in Bremerhaven). Die gezielte Förderung im letzten Kindergartenjahr in Vorbereitung auf den Übergang in die Primarstufe soll pädagogisch und inhaltlich gestärkt werden. Es dient insbesondere zur Einübung sprachlicher Fertigkeiten in der Unterrichtssprache Deutsch sowie der Entwicklung erster mathematisch-naturwissenschaftlicher Kompetenzen. Die schrittweise Realisierung soll sich an

- Sozialindikatoren orientieren. Das letzte Kindergartenjahr muss perspektivisch beitragsfrei sein.
- c. Für Sprachfördermaßnahmen wird ebenfalls ein Monitoring zur Überprüfung der Wirksamkeit, der effizienten Mittelverwendung und der sozialen Reichweite eingeführt.
 - d. Zur Intensivierung der individualisierten Förderung und Forderung sind in der Prima- und Sekundarstufe zusätzliche zeitliche Kapazitäten zu schaffen. Lehrerinnen und Lehrer sollen an ihren Schulen in Abhängigkeit vom Sozialstrukturbedarf mehr Zeit für die Qualitätsentwicklung des Unterrichts erhalten.
 - e. Die Elternzeit der Schulen soll auch intensiviert werden, u. a. mit dem Ziel, Schulvermeidung, Schulabbruch und Abschlusslosigkeit gegebenenfalls entgegenzuwirken.
 - f. Die Fortbildung des Lehrpersonals wird verbessert und systematisiert. Sie muss verbindlich und regelmäßig gestaltet werden. Neben fachlichen und pädagogischen Inhalten sind z. B. Methoden der sozialen Intervention und der digitalen Zukunft wichtige Inhalte.
 - g. Der fachfremd erteilte Unterricht ist zu reduzieren.
 - h. Als ein Bestandteil von Inklusion wird das System der gezielten Begabungsförderung stärker in den Unterricht einbezogen.
 - i. Die Eigenständigkeit der Schulen wird schulartenspezifisch ausgestaltet.
 - j. Die Klassenführung durch Lehrkräfte ohne abgeschlossenes zweites Staatsexamen/Masterniveau wird zukünftig auch für den Bereich der Unterrichtsvertretung reduziert.
 - k. Es ist zu prüfen, wie die Anleitung und Begleitung der im Unterricht tätigen Referendarinnen und Referendare intensiviert werden kann.
2. Im Hinblick auf die Hansestadt Hamburg wird schnellstmöglich ein bildungspolitisches Benchmark durchgeführt und spätestens im Zuge der Beratungen zum Bildungskonsens ergänzend zu den Evaluationsergebnissen vorgelegt. Dieses soll die Maßnahmen beschreiben, die Hamburg in den letzten zehn Jahren zur Steigerung der Unterrichtsergebnisse ergriffen hat und die Felder aufzeigen, die gezielt verändert wurden. Unter anderem ist zu erheben,
- a. welche ausstattungsbezogenen Veränderungen mit welchem Ziel, in welchen Bereichen und mit welcher Wirkung erfolgt sind,
 - b. welche curricularen und lernzielbezogenen Vorgaben schulartenbezogen bestehen und/oder verändert wurden, und welche fächer- und schulartenspezifischen Vorgaben in den Stundentafeln vorgesehen sind,
 - c. welche Informationen den Schulen für eine datengestützte Unterrichtsentwicklung zur Verfügung stehen und wie diese Daten von den Unterrichtenden genutzt werden,
 - d. welche Regelungen zum fachgebundenen Unterricht bestehen bzw. inwieweit Fächerverbünde gebildet sind, und welche Maßnahmen zur fachlichen Stärkung des Unterrichts ergriffen wurden,
 - e. welche Maßnahmen zur Reduzierung des Unterrichtsausfalls ergriffen wurden,
 - f. ob und gegebenenfalls welche Maßnahmen ergriffen wurden, die Haltung in Schulen zur Qualitätssteigerung zu verändern,
 - g. welche Unterstützungsmaßnahmen und -organisationen mit welchen Ausstattungsmerkmalen zur Unterstützung von Schulen, z. B. in sozial

oder demografisch benachteiligten Regionen, geschaffen und welche Wirkungen erzielt wurden, und

- h. welche rechtlichen Rahmenbedingungen, z. B. zur lernstandabhängigen Versetzung, schulartenbezogen gelten und gegebenenfalls verändert wurden, und welche diesbezüglichen Mechanismen und Regelung zur pädagogischen Förderung bestehen.

Nr. 19/662

Lehrkräftemangel bekämpfen - Attraktivität des Bundeslandes Bremen für Berufsanfängerinnen/Berufsanfänger steigern!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 2. März 2017
(Drucksache [19/960](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/663

Kein Fahrverbot bei allgemeiner Kriminalität!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 2. Februar 2017
(Drucksache [19/929](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/664

Jetzt die Konsequenzen aus dem McLaren-Report ziehen, Spitzensportförderung an fairen Wettbewerbsbedingungen ausrichten

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU,
DIE LINKE und der FDP
vom 10. Februar 2017
(Drucksache [19/935](#))

Der Senat wird aufgefordert,

sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass sich die Spitzensportförderung in Zukunft an Erfolgsmöglichkeiten deutscher Sportlerinnen und Sportler in sauberen, fairen und regelkonformen Wettbewerben ausrichtet und die Diskussion um Förderkriterien verbunden wird mit dem ernsthaften und konsequenten Bemühen der Sportverbände nach einem doping- und korruptionsfreien Sport.

Nr. 19/665

Überstunden bei der Polizei Bremen müssen bezahlt werden

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 14. Februar 2017
(Drucksache [19/943](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 21. März 2017
(Drucksache [19/988](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/666

Die Zeit in Bremen sinnvoll nutzen: „Reconstruction Competence Training“ - Handwerkliche Grundlagen für junge Flüchtlinge

Antrag der Gruppe LKR
vom 22. Februar 2017
(Drucksache [19/950](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/667

Taser für den Einsatzdienst der Polizei

Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. Februar 2017
(Drucksache [19/951](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/668

Personalkosten der Schulen müssen Landeskosten sein

Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. März 2017
(Drucksache [19/965](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/669

„System Schule“ bei einem Kosten- oder Aufgabenträger zusammenführen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 4. April 2017
(Drucksache [19/1014](#))

Der Senat wird aufgefordert,

- sich beim Bund für den Wegfall des Kooperationsverbotes und eine stärkere Übernahme der mit Bildung verbundenen Kosten einzusetzen und

- im Rahmen von Verhandlungen über die Finanzbeziehungen zwischen dem Land einerseits und den beiden Stadtgemeinden andererseits einen Lösungsvorschlag zu erarbeiten, der die bisherige Mischfinanzierung der Personalkosten des „Systems Schule“ bei einem Kosten- oder Aufgabenträger zusammenführt und sicherstellt, dass in beiden Stadtgemeinden vergleichbare Versorgungsstandards angeboten und gegebenenfalls bestehende Synergien gehoben werden. Dabei ist sicherzustellen, dass die verschiedenen Ebenen von Beginn an einbezogen werden. Hinsichtlich der in diesem Zusammenhang zu verabredenden Zuständigkeiten sind auch die Themen Personalentwicklung, Schulverwaltung und Personalvertretung zu klären.

Nr. 19/670

Gesetz zur Änderung des Aufnahmegesetzes

Mitteilung des Senats vom 7. März 2017
(Drucksache [19/968](#))

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 19/671

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes

Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 13. Februar 2017
(Drucksache [19/937](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 19/672

Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 21. März 2017
(Drucksache [19/987](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 19/673

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 18

vom 31. März 2017
(Drucksache [19/997](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 19/674

Gesetz zur Änderung von Vorschriften betreffend den Verfassungsschutz

Mitteilung des Senats vom 4. April 2017

(Drucksache [19/1000](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.